Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 18 / 26 938
Schriftliche Anfrage

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Dr. Hugh Bronson (AfD)

vom 04. März 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 05. März 2021)

zum Thema:
Folgen des massiven Personalmangels für Polizeibeamte in der Berliner Justiz

und **Antwort** vom 23. März 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 25. März 2021)

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.
Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Herrn Abgeordneten Dr. Hugh Bronson (AfD)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/26938
vom 4. März 2021
über Folgen des massiven Personalmangels für Polizeibeamte in der Berliner Justiz

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung/Hintergrund
Ralph Knispel, Jahrgang 1960, Oberstaatsanwalt in Berlin, arbeitet seit 1996 in der Abteilung Kapitalverbrechen, die im Kriminalgericht Berlin-Moabit untergebracht ist, Europas größtem Strafgericht. Seit Juni 2016 ist er dort erneut als Leiter tätig. Zwischen 2011 und 2016 war er Dezernent und Leiter der Abteilung für Gewalt-, Staatsschutz- und Friedensstörungsdelikte. Für die derzeit in der Berliner Justiz herrschenden Zustände findet er in seinem aktuell erschienenen Buch „Rechtsstaat am Ende“ drastische Worte. Seit Jahren sind Polizei und Justiz dramatisch unterbesetzt. Ralph Knispel berichtet in einem Artikel der WELT vom 01.03.2021[1] davon, dass es nicht nur in der Justiz „katastrophale Zustände“ und eine schleichende Erosion gebe. So gehöre es zum Polizeialltag, dass Ermittler mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu Einsatzorten fahren und mit veralteter Technik gegen international agierende und technisch hochgerüstete Kriminelle vorgehen sollen.
All dies hat nicht nur Auswirkungen auf die von Straftaten betroffenen Opfer und deren Angehörige sondern auch auf die Polizeibeamten, die mit diesen prekären Arbeitsverhältnissen allein gelassen werden.

1) https://www.welt.de/politik/deutschland/article227270461/Rechtsstaat-am-Ende-Hilferuf-von-Berlins-Oberstaatsanwalt-Knispel.html

1. Wie viele Polizeibeamte treten in den nächsten fünf Jahren in den Ruhestand?

Zu 1.:
In den kommenden fünf Jahren werden voraussichtlich 2.770 Beamtinnen und Beamte altersbedingt aus dem Polizeivollzugsdienst ausscheiden (planmäßige Personalabgänge).

Beschäftigtengruppe	**planmäßige Personalabgänge (in VZÄ)** 1) 2)				
	2021	**2022**	**2023**	**2024**	**2025**
Beamtinnen und Beamte im Polizeivollzugsdienst	500	580	525	575	590

1) Alle Auswertungen erfolgten ausschließlich auf der Basis der im System Integrierte Personalverwaltung (IPV) zum Stichtag 31. Dezember 2020 hinterlegten Daten und spiegeln den Datenbestand zum Stichtag wieder.
2) Angaben in Vollzeitäquivalenten.

2. Wie hoch ist derzeit die Zahl der Neueinstellungen bei den Polizeibeamten?

Zu 2.:
Im Jahr 2020 gab es insgesamt 1.021 Neueinstellungen in den Polizeivollzugsdienst.

3. Wie lange dauern in Berlin die Auswahlverfahren für Kandidaten, die sich für den Polizeidienst bewerben?

Zu 3.:
Auswahlverfahren bei der Polizei Berlin dauern in der Regel mindestens drei Monate und maximal ein Jahr. Die Dauer hängt insbesondere auch vom Zeitpunkt des Eingangs der Bewerbung im jeweiligen Bewerbungszeitraum (11 Monate für Einstellungen in den mittleren Dienst, 12 Monate für Einstellungen in den gehobenen Dienst) sowie davon ab, wie engagiert Bewerberinnen und Bewerber ihre Bewerbung betreiben und ob besondere Umstände hinzutreten (z. B. umfangreiche fachärztliche Untersuchungen, Verzögerungen beim Absolvieren der sportlichen Anforderungen).

4. Wie viele Neueinstellungen will der Senat in der Berliner Polizei bis wann vornehmen?

Zu 4.:
Die Einstellungsplanung der Polizei Berlin ist auf die Erreichung der im Senatsbeschluss zum Entwurf des Haushalts 2020/2021 vom 18. Juni 2019 festgelegten Zielzahl von 18.900 Polizeivollzugsdienstkräften im Jahr 2024 unter Ausschöpfung der Ausbildungskapazitäten in Höhe von jährlich 1.224 Neueinstellungen ausgelegt. Die weitergehende Planung wird derzeit im Rahmen der Haushaltsplanung 2022/2023 abgestimmt. Für die Beschäftigtengruppen außerhalb des Polizeivollzugsdienstes ist die Anzahl der Neueinstellungen auf die Nachbesetzung der durch Fluktuation freiwerdenden und zeitweise freien Stellen, entsprechend den aktuellen Haushaltsplänen, ausgerichtet.

5. Welche Maßnahmen hat der Senat bis jetzt getroffen, um die Arbeitsbedingungen für Polizisten in Berlin zu verbessern und welche Maßnahmen sind für die Zukunft geplant?

Zu 5.:
Der Senat hat eine Vielzahl an Maßnahmen getroffen, um die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden der Polizei Berlin nachhaltig zu verbessern. Bei der Polizei Berlin sind insgesamt 2.260 zusätzliche Stellen geschaffen worden, jährlich werden 1.224 Polizistinnen und Polizisten neu eingestellt. Die Besoldungssituation der Beschäftigten der Polizei Berlin hat sich deutlich verbessert: Der Besoldungsdurchschnitt der übrigen Bundesländer ist erreicht, zahlreiche neue Zulagentatbestände sind geschaffen worden. 10.475 Beförderungen konnten vorgenommen werden.

Mit Präventions- und Sicherheitspaketen in Höhe von insgesamt rund 58 Millionen Euro wurden moderne Waffen und Schutzausrüstungen, ca. 1.100 neue Einsatzfahrzeuge sowie ein neues Polizeiboot beschafft. Zudem wurden alle Funkstreifenwagen der Polizei Berlin mit Smartphones oder Tablets ausgestattet. Ebenso wurde seit 2019 die Ausstattung der 24/7-Bereiche mit elektronisch verstellbaren Tischen abgeschlossen. Seit 2020 wird dieser Weg mit dem Ziel der flächendeckenden Ausstattung weiter ausgebaut. Die Umsetzung der 2. Ausbaustufe des Digitalfunks ist in vollem Gange. Zwei neue Schießanlagen auf modernstem Stand wurden der Polizei Berlin zur Nutzung übergeben, die dritte soll im August 2021 folgen. Der Grundstein für ein neues Einsatztrainingszentrum ist gelegt.

Im Rahmen der Projektgruppe „Mehr Rot und Blau für Berlin“ wurden wichtige Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Berliner Polizistinnen und Polizisten umgesetzt, darunter

- seit dem 01.01.2021: unentgeltlicher Eintritt in die Schwimmbäder der Berliner Bäder Betriebe für alle Beschäftigten der Berliner Polizei,
- Bezuschussung für die Erlangung der Fahrerlaubnis während des Vorbereitungsdienstes,
- seit 2019 Wohnraumfürsorge für Anwärterinnen und Anwärter; bis März 2022 soll ein Wohnheim für Anwärterinnen und Anwärter errichtet werden.

Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen war und bleibt ein wichtiges Ziel, innerhalb der dienstlichen Rahmenbedingungen Voraussetzungen für mehr Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu schaffen. Diesen Herausforderungen begegnet die Polizei Berlin unter anderem mit dem Audit und der Zertifizierung durch die „berufundfamilie Service GmbH“ (Zertifikat seit 2018) und der damit verbundenen Zielvereinbarung zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Seit dem 01.04.2019 ist zudem mehr Flexibilität durch die Möglichkeit der neuen Dienstvereinbarung DV-Telearbeit gegeben.

Mit der zurzeit laufenden Haushaltsaufstellung für 2022/2023 sollen weitere notwendige Bedarfe der Berliner Polizei mit den entsprechenden Haushaltsmitteln abgesichert werden.

6. Wurden seit dem 30.07.2014 Ansprüche der betroffenen Polizeibeamten gegen das Land Berlin wegen der prekären Arbeitsbedingungen und dem anhaltenden Personalmangel geltend gemacht? (Bitte aufgliedern in Anzahl, Anspruchsbegründung und Stand der Verfahren.)

Zu 6.:
Eine statistische Erhebung im Sinne der Fragestellung erfolgt bei der Polizei Berlin nicht.

7. Ist in den letzten acht Jahren bis heute eine Zunahme von Krankschreibungen bei den Polizeibeamten zu verzeichnen? (Bitte aufgliedern in psychische und sonstige Erkrankungen.)

Zu 7.:
Angaben zur Pauschalen Gesundheitsquote sind den tiefgegliederten statistischen Berichten der Statistikstelle Personal zu entnehmen, die jährlich dem Abgeordnetenhaus vorgelegt werden. Über den jährlichen Bericht zur Gesundheitsquote hinaus veröffentlicht die Statistikstelle Personal im Rahmen des Monitorings der Gesundheitsquote monatliche und quartalsweise Auswertungsergebnisse. Sie sind im Internet unter dem Link https://www.berlin.de/sen/finanzen/personal/personalstatistik/artikel.13543.php abrufbar.

Berlin, den 23. März 2021

In Vertretung

Sabine Smentek
Senatsverwaltung für Inneres und Sport